



Grün lebt

Ministerpräsident Baden-Württemberg - Oberbürgermeister München
Landrätin in Bayern - und jetzt mit aller Kraft in die Landtagswahlen
Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern! Und den Berliner Senat!

DAS MAGAZIN

Ausgabe 9 Juni 2026

Unser Schwerpunkt: Landtags- und Kommunalwahlen

INHALT DES MAGAZINS

Auf ein Wort.	Seite	3
Landtagswahl Sachsen-Anhalt - am 6. September 2026	Seiten	4 - 6
Fragen an Daniel Krause neuer Münchener Oberbürgermeister	Seiten	7 - 8
Gründungsprozess in Niedersachsen	Seite	9
Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern - 20.09.2026	Seiten	10 - 11
Wahlen in Berlin - 20.09.2026	Seiten	12 - 14
Gutes Leben im Alter	Seite	15
Grüne Bürger:innen-Rente	Seiten	16 - 18
Hitze - die tödliche Gefahr	Seiten	18 - 19
Radikalisierung im Alter: Eine schleichende Gefahr für die Demokratie	Seiten	20 - 21
Kommunalwahlkampf Hessen	Seiten	22 - 23

Der Vorstand ist zu erreichen unter: buero@gruenealte.de !

Impressum:

Herausgeber: (V.i.S.d.P.) Christa Markl-Vieto, GRÜNE ALTE 2026

Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin

Erreichbar über: buero@gruenealte.de

Vorstand: Sprecher*innen Christa Markl-Vieto, Dirk Schmidtman

Schatzmeister: Detlef Meyer zu Heringdorf

Beisitzer*innen: Annelie Katt, Christa Möller-Metzger, Ria Hinken, Kordula Schulz-Asche

Redaktion des Magazins: Christa Markl-Vieto, Sabine Sundermann (Text), Bernd Hanke (Layout),

AutorInnen: Christa Möller-Metzger, Wolfgang Strengmann-Kuhn, Ria Hinken, Antonia Schwarz

Beiträge aus den Landesverbänden Sachsen-Anhalt, Bayern (Harald Damskis) Hessen (Sabine

Häuser-Eltgen, Wolfgang Strengmann-Kuhn), Mecklenburg-Vorpommern (Claudia Müller),

Berlin (Werner Graf), Niedersachsen (Susanne Menge)

Fotos: © Titelbild, S. 17, 19 Hanke, S. 3 privat, S. 5 Julia Steinigeweg, S. 6 GRÜNE Sachsen-Anhalt,

S. 7, 8 GRÜNE München, S.10 -11 Stefanie Auer-humanfotografie, S.12-13, 14 GRÜNE Berlin

Helena Sproll, S.13 Adrien Aletti auf Unsplash, S.15 Jörg Jennrich, S.18 Christa Möller-Metzger,

S. 21 Timo Niels Lindner auf Unsplash, S.22-23 Grüne LAG 60 Hessen

Auf ein Wort.



"🌱 Es ist vollbracht! Nun gibt es nicht nur die Landesarbeitsgemeinschaft silberGRÜNE Bayern, sondern auch den Landesverband Grüne Alte / silberGRÜNE Bayern!

Bei einem gemeinsamen Treffen mit den Grünen Alten Baden-Württemberg in Ulm wurde der neue Landesverband am 16. Mai 2026 offiziell gegründet. Sitz des Verbandes ist Wasserburg am Inn.

Wir setzen uns für eine Altenpolitik ein, die ein aktives, selbstbestimmtes und gesundes Älterwerden ermöglicht – in sozialer Sicherheit, mit gesellschaftlicher Teilhabe und in einer lebenswerten, intakten Umwelt.

Der Landesverband ist formal unabhängig und unterstützt die Ziele von Bündnis 90/Die Grünen. Mitmachen können alle, die sich diesen Zielen verbunden fühlen – neue Mitglieder sind herzlich willkommen!

Liebe Leserin, lieber Leser,
nun sind gut drei Jahre Aufbauarbeit für einen Bundesverband Grüne Alte ins Land gegangen. Und so ganz langsam zeigt sich ein Silberstreifen am Horizont. Die Grünen als Partei sehen es als Bereicherung an, dass wir, die Älteren in der Partei, uns aufstellen als eine Kraft, für gesellschaftliches Engagement und für Demokratie. Wir haben Erfahrung, die wir einbringen können und die, verbunden mit der Innovation, die von der Jugend eingebracht wird, viel Gutes in diesen verwirrenden Zeiten bewirken kann.

Mit dem Landesverband Bayern, von „Grüne Alte / silberGRÜNE Bayern“ ist ein erstes großes Bundesland dem Projekt beigetreten.

Herzlichen Glückwunsch nach BAYERN, wir freuen uns sehr über Euch und auf die Nächsten!



Christa Markl-Vieto Dirk Schmidtman
Sprecher*in Bundesverband GRÜNE ALTE

Autorin: Sziborra-Seidlitz MdL Sachsen-Anhalt

Gemeinschaft leben, Teilhabe stärken.

Als Abgeordnete und Spitzenkandidatin der Grünen Sachsen-Anhalt treffe ich viele ältere Menschen, die sich engagiert für unsere Gesellschaft einsetzen. Sie helfen als Großeltern, organisieren Nachbarschaftstreffs oder führen Vereine – sie halten unsere Dörfer und Städte zusammen. Dieses Engagement möchten wir stärken. Unser Wahlprogramm stellt die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen an erste Stelle: Wir wollen lebendige Treffpunkte wie Dorfläden, Kulturcafés, Mehrgenerationenhäuser und Kleingärten fördern, damit Jung und Alt sich begegnen. Projekte wie Patenschaften und „Leihgroßeltern“ stiften eine soziale Gemeinschaft, in der die Generationen voneinander profitieren. Teilhabe ist für uns kein Luxus, sondern ein demokratisches Versprechen: Wer sich einbringen will, soll Kontakte knüpfen und Verantwortung übernehmen können. Ein Landesaktionsplan gegen Einsamkeit wird Dorfläden, Jugendtreffs, aufsuchende Altenhilfe, Mobilitätsangebote und digitale Vernetzung ausbauen, damit niemand allein bleiben muss.

Unser Wahlprogramm stellt die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen an erste Stelle!

Um solche Begegnungen zu ermöglichen, braucht es Wohn- und Stadtentwicklung, die unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigt. Frauen, Männer, queere Menschen, Familien, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung sollen sich gleichermaßen wohlfühlen. Wir setzen auf klimafreundliche Quartiere mit kurzen Wegen, sicheren Plätzen und barrierefreier Infrastruktur. Gemeinschaftliche Wohnformen wie Genossenschaften, Mehrgenerationen- oder Miethausprojekte wollen wir gezielt fördern und die Kommunen dabei unterstützen. Der Wohnungsbestand soll auf Jung und Alt abgestimmt werden; ein reaktiviertes Aufzugsprogramm und erleichterte Haus- und Wohnungstauschprogramme helfen, barrierefreie Wohnungen zugänglich zu machen. Auto arme Quartiere, gute Nahversorgung und kleinteilige Grünflächen verbinden Klimaschutz mit Aufenthaltsqualität.

Mobilität ist der Schlüssel zur Teilhabe.

Mobilität ist der Schlüssel zur Teilhabe. Wir wollen, dass Tempo 30 innerorts zur Regel wird und dass Verkehrserziehung für alle Altersgruppen, insbesondere Seniorinnen und Senioren, regelmäßig angeboten wird. Unser öffentlicher Nahverkehr muss barrierefrei sein: sichere Haltestellen, niedrige Bahnsteige und rollstuhlgerechte Toiletten ermöglichen selbstbestimmtes Reisen. Mobilität darf nicht vom Einkommen abhängen; deshalb kämpfen wir für günstige Tickets, einen gut ausgebauten Nahverkehr im ländlichen Raum und eine Senkung der Stromsteuer für die Schiene.

Auch Lernen kennt kein Alter. Volkshochschulen und freie Bildungsträger sind Anker der Erwachsenenbildung – wir wollen sie ausbauen und digitale sowie hybride Formate fördern. Bildungsurlaub soll politische Bildung, Nachhaltigkeit und digitale Kompetenzen umfassen und durch einen Härtefallfonds unterstützt werden.

Niemand soll ohne Grundkenntnisse oder Schulabschluss bleiben; Erwachsene können auf dem zweiten Bildungsweg oder online Abschlüsse nachholen, insbesondere in ländlichen Regionen. Lebenslanges Lernen öffnet neue Horizonte, stärkt das Selbstvertrauen und knüpft soziale Netzwerke – für mich ein wichtiger Baustein gegen Isola

Klima, Solidarität und eine würdevolle Pflege.

Der Klimawandel verändert unser Leben und trifft ältere Menschen besonders – lange Hitzeperioden, Dürren und Hochwasser belasten sie stärker. Deshalb denken wir Klima- und Seniorinnen- und Seniorenpolitik zusammen. Unsere Klima-Anpassungsstrategie setzt auf Schwammstadt-Konzepte, Dach- und Fassadenbegrünung und passiven Hitzeschutz. Pflegeeinrichtungen und Wohnquartiere brauchen Verschattung, Begrünung und mobile Kühlung – diese Standards habe ich im Landtag eingefordert. Grünflächen und Kleingärten in der Nähe schaffen Lebensqualität und kühlen unsere Städte.



Suse Sziborra-Seidlitz

Einsamkeit ein wachsendes Problem

Trotz aller Begegnungsmöglichkeiten wissen wir, dass Einsamkeit ein wachsendes Problem ist. Der Landesaktionsplan gegen Einsamkeit bündelt Dorfläden, Jugendtreffs, aufsuchende Altenhilfe, Mobilitätsangebote und digitale Werkzeuge. Wir unterstützen Nachbarschafts-initiativen, Generationencafés und Hilfsdienste, weil geteilte Zeit die beste Prophylaxe gegen Isolation ist. Niemand soll sich im Alter allein fühlen.

Soziale Sicherheit heißt auch finanzielle Gerechtigkeit. Die Bürger:innenversicherung sorgt dafür, dass alle Einkommensarten – auch Kapitalerträge und Mieteinnahmen – solidarisch in die Kranken- und Pflegeversicherung einbezogen werden. Ich habe im Landtag immer wieder betont, dass die gesetzliche Krankenversicherung ungerecht ist, solange Versicherungsfremdes aus Arbeitnehmer:innenbeiträgen finanziert wird und Vermögende sich entziehen. Nur wenn Selbständige, Beamten:innen, Abgeordnete und Angestellte gemeinsam einzahlen, bleibt die Versorgung stabil und gerecht.

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite

Pflege, die uns Grünen und mir als Gesundheits- und Krankenpflegerin besonders am Herzen liegt, rückt damit in einen neuen Kontext: Wir sehen ältere Menschen nicht in erster Linie als Pflegefälle, sondern als eigenständige Persönlichkeiten. Wenn sie Hilfe brauchen, soll sie verlässlich sein. Deshalb bauen wir Kurzzeitpflegeplätze und Pflege im Quartier aus und entlasten pflegende Angehörige. Patenschaftsmodelle und Leihgroßeltern fördern wir, weil sie Generationen verbinden. Die Heimfinder-App schafft Transparenz über freie Pflegeplätze in Einrichtungen.

Wir setzen uns für das Recht auf Einzelzimmer ein und wollen Hitze- und Gesundheitsschutz in Pflegeeinrichtungen zur Pflicht machen. Pflegekosten dürfen niemanden in die Armut treiben; deshalb wollen wir die Eigenanteile senken, Investitions- und Ausbildungskosten aus Landesmitteln finanzieren und langfristig eine solidarische Pflegevollversicherung einführen. Mit einer gesetzlichen Pflegeselbstvertretung geben wir Pflegekräften eine starke Stimme und sichern verlässliche Daten für Ausbildung und Planung

Wenn ich an Sachsen-Anhalt denke, sehe ich ein Land, in dem ältere Menschen überall mitmachen – im Gartenverein, im Gemeinderat, im Theater, im Internet. Ich will, dass sie nicht nur heute, sondern auch morgen gut leben: mit sicheren Quartieren, bezahlbarem Wohnraum, nachhaltiger Mobilität und einer Pflege, die Würde respektiert. Ein Land, in dem ältere Menschen gemeinsam mit allen Zukunft gestalten.

**Wenn ich an Sachsen-Anhalt denke,
sehe ich ein Land, in dem ältere Menschen
überall mitmachen**



Interview

Fragen an Dominik Krause, den neuen grünen Oberbürgermeister in München

• **Waren altersbezogene Fragen bei Deinen Wahlkampfterminen auch Thema? Und wenn ja, welche?**

Ja, absolut. Gerade bei älteren Münchner*innen ging es oft um ganz konkrete Alltagsfragen: bezahlbares Wohnen im Alter, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, gute Nahversorgung im Viertel oder verlässliche Mobilität ohne Auto. Viele haben auch gefragt, wie sie möglichst lange selbstbestimmt in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Das zeigt: Gute Stadtpolitik muss generationenübergreifend gedacht werden – dann profitieren alle davon.

• **Welche Wahlkampfstrategien waren aus Deiner Sicht besonders erfolgreich? Stände, Haustürwahlkampf, Giveaways...?**

Am wichtigsten war der direkte Kontakt mit den Menschen. Der Haustürwahlkampf und Gespräche an Infoständen haben am meisten gebracht, weil man dort wirklich zuhören und auf konkrete Anliegen eingehen kann. Gleichzeitig hat auch unsere starke Präsenz im ganzen Stadtgebiet eine große Rolle gespielt – aber natürlich auch unsere Präsenz im digitalen Raum, insbesondere auf den Social-Media-Kanälen wo wir sehr viele Menschen erreichen konnten. Am Ende war es die Kombination: viele Gespräche vor Ort, eine klare inhaltliche Linie und ein Team, das mit großer Energie unterwegs war.

• **Wohnen war eines Deiner Hauptthemen. Welche Rolle spielt dabei aus Deiner Sicht Wohnen im Alter?**

Eine sehr große. Viele ältere Menschen leben in Wohnungen, die nicht barrierefrei sind oder die zu groß geworden sind – gleichzeitig finden sie kaum passende Alternativen im Viertel. Deshalb brauchen wir mehr altersgerechten Wohnraum, mehr bezahlbare kleinere Wohnungen und Angebote wie gemeinschaftliches Wohnen. Ziel muss sein, dass Menschen auch im Alter dortbleiben können, wo ihr soziales Umfeld ist.



Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite

Daniel Krause & Team feiern ihren sensationellen Wahlsieg



• **Armut ist ein generationenübergreifendes Thema. Hast Du in Bezug auf die Älteren einen Plan dazu auf kommunaler Ebene in München?**

Ja, Altersarmut ist auch in München ein Thema, das wir sehr ernst nehmen müssen. Kommunal können wir vor allem dort ansetzen, wo es konkret spürbar wird: bei den Wohnkosten, bei der Unterstützung im Alltag und bei niedrigschwelligen Angeboten im Quartier. Wichtig ist, dass Hilfen die Menschen auch erreichen und nicht an bürokratischen Hürden scheitern. Gleichzeitig geht es darum, Teilhabe zu sichern – also darum, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, unabhängig vom Geldbeutel.

• **Wie habt Ihr, Du und Dein Team, es geschafft, eine neue politische Aufbruchsstimmung zu erzeugen?**

Ich glaube, entscheidend war, dass wir den Menschen zugehört haben und konkrete Antworten auf ihre Fragen gegeben haben. Wir haben gezeigt, dass sich etwas bewegen kann – und dass Politik lösungsorientiert und nahbar sein kann. Gleichzeitig war da unglaublich viel Engagement von Ehrenamtlichen, die diesen Wahlkampf getragen haben. Diese Mischung aus klaren Inhalten und echter Begeisterung hat diese Aufbruchsstimmung möglich gemacht.

• **„Dominiks Plan für München“ hat überzeugt. Glaubst Du, dass sich etwas davon auf die vor Wahlen stehenden Länder übertragen lässt?**

Jede Wahl hat ihre eigenen Rahmenbedingungen, aber einige Dinge lassen sich durchaus übertragen: Der klare Fokus auf die Themen, die die Menschen im Alltag wirklich betreffen, eine verständliche und konkrete Ansprache – und vor allem der direkte Kontakt. Wenn es gelingt, Vertrauen aufzubauen und glaubwürdig zu zeigen, dass man Probleme anpacken will, dann kann das funktionieren, nicht nur in München.

Die Fragen stellte Christa Markl-Vieto. Wir danken Dominik Krause für das Interview

Werde Mitglied bei den GRÜNEN ALTEN

Über den nebenstehenden QR-Code kannst Du deinen Beitritt zu den GRÜNEN ALTEN erklären oder auf www.gruenealte.de



Autorin: Susanne Menge

Neue Initiative sucht Struktur, Namen und Führung

Unter dem Arbeitstitel „Erfahrungsgrün“ nimmt derzeit eine neue Initiative in Niedersachsens grüner Partei Gestalt an. In einer rund zweistündigen konstituierenden Sitzung sollen dafür die organisatorischen und inhaltlichen Grundlagen gelegt werden. Ziel ist es, gemeinsame Regeln zu verabreden, Zuständigkeiten zu klären und den künftigen Kurs eines Zusammenschlusses älterer Grüner in Niedersachsen solidarisch und konstruktiv zu bestimmen.

**Ziel ist es, den künftigen Kurs
eines Zusammenschlusses älterer Grüner in Niedersachsen
solidarisch und konstruktiv zu bestimmen.**

Fest steht bereits, dass es keine einfache Übernahme eines bestehenden Namens für Grüne über 60 geben wird. Stattdessen zeigt die große Zahl von 39 eingereichten Namensvorschlägen, wie viel Engagement, Kreativität und politischer Gestaltungswille in der Initiative steckt. Mit Interesse und Zuversicht wird nun erwartet, welcher dieser Vorschläge am Ende die größte Zustimmung findet.

Die weitere Aufstellung der Initiative soll dabei von Beginn an im Einklang mit dem Frauen- und Vielfaltsstatut stehen und so den grünen Anspruch auf Gleichstellung, Teilhabe und gelebte Vielfalt sichtbar und verbindlich machen.

Innerhalb der Partei wird die Gründung durchaus unterschiedlich bewertet. Während aus der Grünen Jugend die Frage kommt, ob es angesichts bestehender gesellschaftlicher Machtverhältnisse eine eigene Organisation älterer Grüner braucht, werben andere dafür, der Initiative offen zu begegnen und ihr Raum zur Entwicklung zu geben. Gerade diese Debatte zeigt, dass es um mehr geht als um eine neue Struktur: nämlich um die Frage, wie politische Erfahrung, Erneuerung und solidarisches Miteinander in der Partei zusammenwirken können.

**Es geht um die Frage, wie politische Erfahrung,
Erneuerung und solidarisches Miteinander in der Partei
zusammenwirken können.**

Dass der Gründungsprozess in Niedersachsen bislang nur langsam voranschreitet, lässt sich auch als Ausdruck einer Generation verstehen, die weiterhin mitten im politischen und beruflichen Leben steht. Viele Engagierte über 60 übernehmen Verantwortung in Räten und Parlamenten, formulieren Anträge, organisieren Veranstaltungen und bringen ihre Erfahrung in politische Debatten ein. Gerade deshalb ist der Aufbau einer neuen Struktur eine anspruchsvolle Aufgabe – aber auch eine Chance, dieses Engagement sichtbarer zu bündeln und der Partei zusätzliche Impulse zu geben.

Ein Land , das mehr kann!

Wenn am frühen Morgen die Sonne über der Ostsee aufgeht, Kraniche über sanfte Hügel ziehen und die Luft nach Salz und Wald riecht, dann ist sofort klar, was Mecklenburg-Vorpommern ausmacht: Dieses Land lebt von seiner Natur. Von Küsten und Seen, von Mooren und Wäldern, von Weite und Ruhe. Vieles von dem, was hier Lebensqualität schafft, ist nicht aus Beton gebaut und lässt sich nicht ersetzen. Gerade deshalb ist es so verletzlich...

Die Klimakrise ist in Mecklenburg-Vorpommern kein fernes Szenario. Sie ist längst da. Man erkennt sie an trockenen Böden, an sterbenden Wäldern und kippenden Gewässern. Man spürt sie dort, wo Menschen von Tourismus, Landwirtschaft oder Fischerei leben.

Wenn die Natur aus dem Gleichgewicht gerät, verliert Mecklenburg-Vorpommern mehr als ein paar schöne Postkartenmotive. Dann verliert es Substanz. Genau deshalb ist Umweltpolitik hier nie bloß Nebensache. Sie ist eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft und der sozialen Sicherheit.

Claudia steht für eine Politik, die genau das ernst nimmt. Sie konstruiert keinen Gegensatz zwischen Ökologie und Alltag. Wer die Natur schützt, schützt auch das, wovon dieses Land lebt. Wer weniger Nährstoffe in die Ostsee einträgt, schützt Fischerei und Küstentourismus. Wer Moore wieder vernässt, tut etwas fürs Klima und zugleich für den Wasserhaushalt. Wer Wälder ökologisch umbaut, bewahrt Lebensräume und stärkt regionale Wertschöpfung. Das ist keine schöne Theorie, sondern eine ziemlich handfeste Vorstellung davon, wie die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns aussehen kann.

Weder Verzichtsappelle noch abstrakte grüne Ideale: Praktische Fragen des Alltags stehen im Mittelpunkt. Wie bleibt Leben hier bezahlbar? Wie verhindern wir, dass Strompreise, Heizkosten, lange Wege und der Wocheneinkauf in diesem nagenden Gefühl münden, dass am Monatsende immer weniger übrig bleibt?

Genau hier setzt die grüne Antwort an. Mit dem Versuch, die Dinge endlich zusammenzudenken: erneuerbare Energien, soziale Sicherheit und regionale Entwicklung

Das klingt technischer, als es ist. In Wahrheit geht es um etwas sehr Konkretes. So sind beispielsweise Wind und Sonne in Mecklenburg-Vorpommern keine Randnotiz, sondern ein echtes Pfund. Aber Wind- und Sonnenenergie werden nur dann dauerhaft akzeptiert, wenn die Menschen vor Ort auch merken, dass sie ihnen nützen. Claudia macht genau das zu einem politischen Versprechen. Die ökologische Modernisierung dieses Landes soll nicht über die Köpfe der Menschen hinweg passieren, sondern mit ihnen und zu ihrem Vorteil.

Doch bei dieser Wahl geht es um noch mehr. Welchen Kurs wird dieses Land einschlagen? Weiter auf dem Weg zu einer offenen, demokratischen und zukunftsgerichteten Politik? Oder werden diejenigen stärker, die von Angst, Abwertung und Spaltung leben? Dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über fünf Prozent kommen, kann am Ende darüber entscheiden, ob die demokratische Mehrheit hält oder ob die AfD in greifbare Nähe zur Macht rückt. Starke Grüne können dabei den Unterschied machen. Und umgekehrt gilt auch: Wer nicht will, dass die AfD am Ende einen Platz in der Landesregierung bekommt, darf uns nicht kleinrechnen.



Null Prozent AfD in der Staatskanzlei – das ist nicht nur ein Slogan! Es ist eine politische Notwendigkeit. Gerade in einem Land, das so viel zu verlieren hat. Wer Ressentiments schürt und Demokratie verächtlich macht, wird weder die Ostsee retten noch das Leben bezahlbarer machen. Eine Partei, die Politik mit Wut betreibt, hat keine Antwort auf die großen Fragen unserer Zeit. Sie wird nur zerstören, was MV zusammenhält

**Claudia setzt dem etwas anderes entgegen:
Zuversicht!**

Sie traut Mecklenburg-Vorpommern mehr zu. Mehr, als das ewige Kleinreden und die billige Versuchung autoritärer Parolen. Claudia steht für ruhige Entschlossenheit und für das Beharren darauf, dass Klima, Natur, bezahlbares Leben und Demokratie zusammengehören. Das passt zu Mecklenburg-Vorpommern. Und vielleicht ist genau das in diesem Wahlkampf ihre größte Stärke: Sie versucht nicht, jemand anderes zu sein, sie ist die Stimme eines Landes, das viel zu verlieren hat und noch viel mehr zu gewinnen.



Werner Graf - Bettina Jarasch

Politik ändern, Berlin bleiben.

Am 20. September steht Berlin vor einer Richtungsentscheidung. Es geht um die Frage, wie diese Stadt in Zukunft funktionieren soll und für wen.

Unter Schwarz-Rot erleben viele Berliner*innen derzeit das Gegenteil von Fortschritt: Mieten steigen weiter, beim Klimaschutz wird gebremst, Busse kommen zu spät oder gar nicht. Tempo 30 vor Schulen wird zurückgebaut, während andere europäische Metropolen ihre Städte an die Folgen der Klimakrise anpassen und lebenswerter machen. Gleichzeitig geraten Kultur, Wissenschaft und demokratische Infrastruktur unter Druck. Für viele Menschen hat die Politik den Anschluss an ihren Alltag verloren.

Dabei kann Berlin mehr als das. Berlin ist eine Stadt der Freiheit, der Vielfalt und des sozialen Zusammenhalts. Eine Stadt, die sich verändern kann und verändern will. Dafür treten wir als Grüne mit unserem Spitzenduo Werner Graf und Bettina Jarasch an.

Für einen sozial gerechten Klimaschutz

Berlin wird heißer, trockener und Energie immer teurer. Klimaschutz ist deshalb längst auch eine soziale Frage. Wir sorgen dafür, dass die Energiewende allen zugutekommt, mit fairen Energiepreisen, der Förderung von Strom für Mieter*innen durch Balkonkraftwerke und echter Bürger*innenbeteiligung, damit auch Menschen ohne eigenes Dach von günstiger, sauberer Energie profitieren. Gleichzeitig treiben wir den Ausbau erneuerbarer Energien in ganz Berlin voran. Dass in einer wachsenden Stadt weiterhin unzählige Dächer ungenutzt bleiben, können wir uns nicht leisten. Eine konsequente Solarpflicht auf öffentlichen Gebäuden ist für uns ein zentraler Hebel.

Für bezahlbare Mieten

Die Mieten in Berlin explodieren, es fehlt an Wohnraum und gleichzeitig stehen Millionen Quadratmeter Büroflächen leer. Und dennoch werden weiter neue Bürotürme geplant und gebaut. Diese Schieflage wollen wir korrigieren! Wir stoppen die Genehmigungen für neue Bürohochhäuser und große Bürokomplexe und wandeln leerstehende Büroflächen zu dringend gebraucht bezahlbarem Wohnraum um.

Mit einem "Bezahlbare-Mieten-Gesetz" schaffen wir verbindliche soziale Leitplanken bei der Wiedervermietung und nehmen Großvermieter stärker in die Pflicht, ihre Bestände instand zu halten. Für uns Bündnisgrüne ist klar, Menschen dürfen nicht aus ihren Kiezen verdrängt werden und Berlin muss für alle bezahlbar bleiben.



Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite

Wahlen in Berlin

Autor: Werner Graf - Spitzenkandidat der GRÜNEN

Für einen sicheren und zuverlässigen Verkehr

Wie gut eine Stadt in die Zukunft kommt, zeigt sich auch daran, wie zuverlässig ihr ÖPNV funktioniert. Die Berliner*innen müssen sich darauf verlassen können, dass Bus und Bahn pünktlich kommen, und zwar nicht nur im Stadtzentrum, sondern in ganz Berlin. Dafür werden wir 1.500 neue U-Bahnwagen und weitere S-Bahn-Wagen anschaffen

Unser Ziel ist ein sicherer Straßenverkehr, in dem es keine Verkehrstoten mehr gibt. Vor allem rund um Schulen braucht es lebenswerte Orte für Kinder, Familien und die Nachbarschaft. Deswegen schaffen wir sichere Schulzonen ohne Durchgangsverkehr und mit viel Grün, Bänken und Schatten, denn unsere Straßen müssen ein sicherer Ort sein, und zwar für Jung bis Alt.

Für eine starke Demokratie und für Zusammenhalt



Berlin ist für viele mehr als nur ein Wohnort, sondern ein sicherer Zufluchtsort. Der erste Ort, an dem sie frei leben, lieben und sie selbst sein können. Diese Erfahrung von Freiheit und Sicherheit prägt Berlin bis heute. Gerade deshalb ist für uns Bündnisgrüne klar, dieser sichere Hafen muss geschützt und immer wieder neu erkämpft werden. Wir stärken die demokratische Zivilgesellschaft, fördern die vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft und setzen uns entschieden gegen Rechtsextremismus und Queerfeindlichkeit ein. Mit einem "Demokratiefördergesetz" sichern wir Initiativen und Vereine langfristig ab, die tagtäglich für Zusammenhalt und eine offene Gesellschaft arbeiten. Denn Berlin bleibt nur dann frei, wenn alle Menschen hier ohne Angst leben können.

Es ist Zeit für einen Politikwechsel, der Berlin gerecht wird:

Mit Werner Graf als Berlins erstem Grünen Bürgermeister

Gutes Leben im Alter mit neuem Altershilfestrukturegesetz

Autorin: Antonia Schwarz

Das Land Berlin hat im Mai 2026 das nach langer Vordiskussion das Gesetz zur Altenhilfestrukturenplanung beschlossen. Ziel des Gesetzes ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse für Ältere in der gesamten Stadt herzustellen. Konkret geht es um die zukünftige Sicherung von Selbstständigkeit, Autonomie und Teilhabe von einer Million älterer Menschen in Berlin.

Dazu werden klare Zuständigkeiten und einheitliche Standards innerhalb der Verwaltung auf Landes- und Bezirksebene geschaffen. Informations- und Beratungsstrukturen, Begegnungs- und Teilhabeangebote sollen unabhängig vom Einkommen zu gutem Leben im Alter beitragen. Sie werden ergänzt durch einkommensabhängige individuelle Leistungen wie die Unterstützung beim Umzug in eine kleinere Wohnung, die Beantragung von Grundsicherung im Alter oder die Finanzierung eines Hausnotrufsystems. Altenhilfe soll vor allem präventiv und unterstützend dazu beitragen, die Eigenständigkeit so lange wie möglich im vorhandenen Lebensumfeld zu erhalten.

Zur Umsetzung der Regelungen legt die zuständige Senatsverwaltung Maßstäbe und Grundsätze für eine Landesaltenhilfestrukturenplanung vor. Daraus sind bezirkliche Perspektiven für Konzepte abzuleiten und auf die Besonderheiten des jeweiligen Bezirks abzustellen. In jeder Bezirksverwaltung nimmt eine Organisationseinheit die Aufgaben der Altenhilfe wahr.

Abgelehnt hat die Koalition aus CDU und SPD den Vorschlag unserer Abgeordnetenhausfraktion, dass die bezirkliche Altenhilfestrukturenplanung von der demokratisch legitimierten Vertretung der Einwohnerschaft beschlossen wird.

Aus meiner Sicht problematisch ist zudem die bisher noch nicht vorgesehene verbindliche Beteiligung von Seniorenmitwirkungsgruppen, Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie Migrantenselbstorganisationen. Eine gute Altenhilfe vor Ort kann nur gelingen, wenn diejenigen aus der Altenarbeit und die Ehrenamtlichen ihre Erfahrungen dort einbringen, um zu einem guten Gelingen beizutragen.



Grüne Bürger*innen-Rente – sozial, nachhaltig, gerecht

Autor: Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn - habilitierter Volkswirt, ISÖ – Institut für Sozialökologie, Ex-MdB, Sprecher der LAG 60plus in Hessen

Das Alterssicherungssystem in Deutschland muss grundlegend reformiert werden. Es schützt unzureichend vor Armut, weil es im Gegensatz zu anderen Ländern keine Mindestabsicherung gibt. Es ist nicht nachhaltig finanziert, weil die Finanzierungsbasis im Wesentlichen Erwerbseinkommen ist. Es sind zwar die meisten Menschen in der gesetzlichen Rentenversicherung, es gibt aber für bestimmte Berufsgruppen weitere Alterssicherungssysteme, die nicht aufeinander abgestimmt sind, und manche Menschen, vor allem Selbständige, sind gar nicht für das Alter abgesichert.

Das Alterssicherungssystem in Deutschland muss grundlegend reformiert werden.

Unser Ziel ist eine universelle und inklusive Bürger*innen-Rente, die nachhaltig finanziert ist und Teilhabe für alle schafft, und zwar sozial nachhaltig auch für künftige Generationen. Dazu soll die gesetzliche Rentenversicherung nach dem Prinzip Bürger*innenversicherung weiterentwickelt werden. Prinzip Bürger*innenversicherung heißt, dass alle Bürger*innen Beiträge auf alle Einkommensarten einzahlen. Derzeit werden ausschließlich Beiträge auf Erwerbseinkommen gezahlt. Das ist nicht nachhaltig. Die Finanzierung muss deshalb verbreitert werden, um wirklich nachhaltig zu sein.

Bürger*innenversicherung bedeutet ein universelles und inklusives Alterssicherungssystem, bei dem alle Bürger*innen nach einheitlichen Regeln abgesichert sind. Alle werden gleichbehandelt und niemand bleibt ohne Rente. Ein solches universelles System ist schon alleine deswegen wichtig, weil es zunehmend heterogene Erwerbsverläufe gibt. Uns ist aber vor allem wichtig, dass alle abgesichert sind. Eine Bürger*innenversicherung geht über eine Erwerbstätigenversicherung hinaus, weil nicht nur Erwerbstätige, sondern alle Bürger*innen unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen. Dadurch entstehen durchgängige Versicherungsbiografien, bei denen auch Phasen mit Nichterwerbstätigkeit, zum Beispiel wegen (Weiter-)Bildung, Arbeitslosigkeit oder Care-Arbeit, abgesichert sind. Dadurch sind insbesondere Frauen bei einer Bürger*innenversicherung besser abgesichert als in einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen.

Unser Ziel ist eine Rente, die eine Mindestteilhabe für alle garantiert.

Bisher gibt es innerhalb der Rente kein Minimum. Auch die so genannte Grundrente ist nur ein Zuschlag für geringe Renten, der im Übrigen an sehr hohe Hürden geknüpft ist und nur nach einer komplizierten Einkommensprüfung gezahlt wird. Unser Ziel ist eine Rente, die eine Mindestteilhabe für alle garantiert. Deswegen ist eine Garantierente Teil der Grünen Bürger*innenrente. Wir schlagen vor, dass jede Person, die bei Renteneintritt 30 Versicherungsjahre oder mehr hat, eine Garantierente ohne Bedürftigkeitsprüfung erhält, falls der eigene Rentenanspruch darunter liegt. Auch hiervon profitieren vor allem Frauen. Die Rente wird automatisch auf 30 Entgeltpunkte aufgestockt. Ein Entgeltpunkt beträgt aktuell 40,79 Euro, die Garantierente wäre also derzeit etwas mehr als 1200 Euro im Monat.

Neben einer Mindestsicherung soll die Rente auch in Zukunft ein gewisses Maß an Lebensstandard-sicherung garantieren. Wir wollen, dass das Rentenniveau auch langfristig nicht unter das bisherige Niveau sinkt. Das Rentenniveau ist eine statistische Größe, die sich auf eine Standardrente bezieht.

Wir finden es aber sinnvoll, dass das tatsächliche Niveau der Rente im unteren Einkommensbereich höher und im oberen Einkommensbereich geringer ist. Mehr Umverteilung innerhalb der Rente ist auch gerecht, weil Menschen mit höheren Einkommen überdurchschnittlich von der Rente profitieren, weil sie im Durchschnitt länger leben. Durch eine stärkere Umverteilung in der Rente könnte auch die Garantierente gegenfinanziert werden.

Die gesetzliche Rente ist die zentrale Basis der Alterssicherung. Betriebliche und private Alterssicherung können für eine höhere Lebensstandardsicherung noch hinzukommen. Insbesondere bei geringen Einkommen sowie im Osten auch unabhängig vom Einkommen ist die gesetzliche aber häufig die einzige Absicherung im Alter. Die gesetzliche Rente ist umlagefinanziert, das heißt, die Einnahmen werden direkt an die aktuellen Rentner*innen ausgezahlt. Bei einer Kapitaldeckung werden die Beiträge am Kapitalmarkt angelegt und die künftigen Renditen zur Finanzierung der Renten verwendet. Wenn die Kapitaldeckung ausgebaut werden soll, würde das eine Doppelbelastung der Jüngeren bedeuten, weil sie zusätzlich neben den aktuellen Renten auch den Aufbau des Kapitalstocks finanzieren müssen. Kapitaldeckung ist also kein Beitrag für mehr Generationengerechtigkeit. Sie ist auch nicht unabhängig von der Demographie wie manchmal behauptet wird, weil eine ungünstige demographische Entwicklung auch die Kapitalrenditen verringert. Aus unserer Sicht kann sie aber als ergänzende Absicherung auf der Basis einer stabilen Bürger*innenrente Sinn machen – wenn sie denn richtig gemacht wird. Die so genannte Riesterrente war nicht gut gemacht und ist gescheitert.

Wir schlagen einen staatlich organisierten Bürger*innen-Fonds nach schwedischem Vorbild vor.



Wir schlagen stattdessen einen staatlich organisierten Bürger*innen-Fonds nach schwedischem Vorbild vor. Die Verwaltungskosten sind dann gering und es fallen keine Provisionen und Gewinne bei privaten Unternehmen an. Außerdem ist wichtig, den Bürger*innen Fonds so zu gestalten, dass möglichst viele einzahlen. Der Fonds soll außerdem auch für die betriebliche

Altersvorsorge genutzt werden können. Das wäre insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen eine einfache Möglichkeit ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anzubieten.

Um die Rente zusätzlich zu stabilisieren, sind weitere ergänzende Maßnahmen sinnvoll. Dazu gehören bessere Arbeitsbedingungen für ein längeres und gesünderes Arbeiten, flexiblere Übergänge in den Ruhestand durch mehr Möglichkeiten für Teilzeit und den Bezug von Teilrenten, eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und last but not least mehr Zuwanderung, die wegen des Arbeitskräftebedarfs ohnehin notwendig ist. Eine schematische Anhebung der Regelaltersgrenze ist hingegen problematisch, weil die Lebenserwartung sehr ungleich verteilt ist und dann zu viele Menschen, vor allem mit geringen Einkommen, gar nicht mehr in den Rentenbezug kommen. Stattdessen wäre es besser, zu ermöglichen, selbstbestimmt in Rente oder Teilrente zu gehen. In Skandinavien hat das dazu geführt, dass im Durchschnitt länger gearbeitet wird.

Eine sozial nachhaltige Alterssicherung ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Die hier dargestellten Maßnahmen zielen vor allem darauf ab, den nächsten Generationen eine sichere Rente zu garantieren. Zum Teil helfen die Maßnahmen aber auch für das kurzfristige Problem der Finanzierung der stark steigenden Anzahl von Renten. So führt die Weiterentwicklung in Richtung Bürger*innenversicherung zu Mehreinnahmen, denen zunächst noch keine Ansprüche gegenüberstehen. Darüber hinaus ist über weitere Möglichkeiten einer gerechten Finanzierung der Renten der „Boomer“ nachzudenken, zum Beispiel wie Ältere mit höheren Einkommen und Vermögen dazu beitragen könnten. Außerdem braucht es Maßnahmen, um schon kurzfristig eine Mindestsicherung im Alter für alle zu garantieren, ohne zum Sozialamt müssen. Der Vorschlag eines integrierten Steuer-Transfer-Systems (ISTS) könnte dafür eine Möglichkeit sein.

ISÖ-Podcast Folge 5 „Sozial nachhaltige Rente 2“: <https://www.isoe.org/veroeffentlichungen/podcast/fortschritt-der-isoe-podcast-folge-5-sozial-nachhaltige-rente-2/>
Strengmann-Kuhn, Wolfgang/ Opielka, Michael/ Bach, Stefan (2025): Ein integriertes Steuer- und Sozialtransfersystem zur Absicherung des Existenzminimums. DIFIS-Studie 2025/9. <https://strengmann-kuhn.de/veroeffentlichung-difis-studie-ein-integriertes-steuer-und-sozialtransfersystem-zur-absicherung-des-existenzminimums/>

Hitze - die tödliche Gefahr

Autorin: Christa Möller-Metzger

Wenn man an Extremwetter bei uns in Deutschland denkt, hat man meist Bilder von Starkregen im Kopf, von über die Ufer tretenden Flüssen, Tornados und Sturmfluten. Das mit Abstand tödlichste Wetterereignis sind allerdings Hitzewellen!

Heiße Tage, an denen es wärmer als 30 Grad Celsius ist, waren vor einigen Jahrzehnten selten. **Hitzewellen**, in denen es über Tage oder gar Wochen heiß bleibt, sind es inzwischen nicht mehr. Selbst in nördlichen Städten wie z.B. Hamburg. Der Unterschied zwischen Stadt und Land kann dann bis zu 10 Grad betragen.

Studien zeigen, dass Ältere am meisten unter Hitzewellen leiden. Neben Schwangeren, kleinen Kindern, Kranken und Obdachlosen. Nach Schätzungen des Robert-Koch-Instituts sind im Sommer 22 rund 4500 Menschen in Deutschland an Hitze gestorben. Im besonders heißen Jahr 2018 waren es fast doppelt so viele.

In Statistiken tauchen sie aber oft gar nicht auf, weil die Todesursache Hitze schwer festzustellen ist. Meist führen Vorerkrankungen, die sich durch Hitze verschlimmern, zum Tod. Die Dunkelziffer ist also vermutlich viel größer - und andere Studien kommen auch zu höheren Zahlen

Und am meisten betroffen waren laut Weltgesundheitsorganisation und Umweltbundesamt Frauen über 70!



Was passiert durch Hitze?

Besonders gefährlich sind die ersten heißen Tage, der Körper älterer Menschen kann sich nicht so schnell auf hohe Temperaturen einstellen. Und noch schlimmer sind die tropischen Nächte mit Temperaturen über 20 Grad, wenn man auch nachts nicht regenerieren kann.

Der Körper muss dann unentwegt auf Hochtouren arbeiten, um das Zuviel an Wärme wieder abzugeben, die Gefäße weiten sich, damit mehr Blut direkt unter der Hautoberfläche fließt und der Körper dadurch abkühlt. Das belastet Herz und Kreislauf. Und klappt mit zunehmendem Alter immer schlechter.

Hinzu kommt, dass Ältere seltener Durst haben. Und dass sie Dehydrierungs-Symptome oft gar nicht ernst nehmen. Sie sagen niemandem Bescheid, auch wenn es ihnen zunehmend schlechter geht. Hitze tötet schleichend.

Manchen ist zuerst ein bisschen übel, sie haben einen trockenen Mund, finden das aber noch gar nicht schlimm. Dann werden die Symptome stärker, die Menschen dehydrieren, ihr Kreislauf versagt, bis die Ohnmacht kommt.

Bei Hitze sterben vor allem Menschen, die allein wohnen, nicht auffallen, wenig Kontakte und wenig Geld haben. Deshalb brauchen wir dringend Hitzeaktionspläne in unseren Städten, um Informationen und Warnungen rechtzeitig rauszugeben. Wir brauchen genügend Wasserspender und gute Netzwerke und Nachbarschaften, die sich kümmern. Wenn man weiß, dass jemand nebenan allein wohnt, einfach mal nachfragen, ob alles okay ist.

Und zur größten Hitze um die Mittagszeit lieber zuhause bleiben, die Füße in kaltes Wasser halten oder kühle Orte aufsuchen, z.B. eine Kirche, klimatisierte Orte wie Bücherhallen oder Museen oder eine Bank in einem schattigen Park.

Menschen in Pflegeeinrichtungen leiden besonders. Heime können mit Sonnensegeln und Jalousien verschattet werden, Dach- und Fassadenbegrünung sind wirksam und eine Verbesserung der Dämmung. Neubauten müssen zukünftig hitzeresilient gebaut werden.

Wir brauchen dringend viel grünere Städte mit weniger Versiegelung, mehr große Straßenbäume, kleine Parks oder Mikrowälder, die fußläufig zu erreichen sind. Und mehr öffentliche Toiletten, damit Menschen auch ausreichend trinken.



DIE ZEIT

Hitze: Extreme Temperaturen

Hitzewellen treten weltweit immer häufiger auf und erreichen zunehmend extreme Temperaturen. Der Klimawandel macht solche Ereignisse wahrscheinlicher und intensiver.

Hitzewellen gelten als ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko. Der Deutsche Wetterdienst warnt mit Hitzemeldungen vor besonders heißen Tagen. Es wird empfohlen, direkte Sonneneinstrahlung zu meiden, ausreichend Flüssigkeit zu sich zu nehmen und auf gefährdete Personen im Umfeld zu achten.

Seit dem Jahr 2000 ist etwa ein Viertel aller schweren Hitzewellen sehr wahrscheinlich nur durch den menschengemachten Klimawandel entstanden. Auch Hitzewellen, die ohne den Klimawandel entstanden wären, verlaufen heute deutlich heftiger als früher.

Im Jahr 2024 hat die globale Erwärmung erstmals den Wert von 1,5 Grad überschritten. Ohne einen raschen Ausstieg aus fossilen Energieträgern könnte die Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts drei Grad erreichen. Mit jedem weiteren Grad Erwärmung werden extreme Hitze, Dürreperioden, milde Winter sowie Starkregen und Überschwemmungen häufiger.

<https://www.zeit.de/thema/hitze>

Radikalisierung im Alter...

Autorin: Ria Hinken (Artikel wurde mit KI überarbeitet)

Radikalisierung und (Rechts-) Extremismus im Alter haben bisher wenig Aufmerksamkeit in Wissenschaft und Politik - eine schleichende Gefahr für die Demokratie?

Lange Zeit galt Radikalisierung vor allem als ein Phänomen, das junge Menschen betrifft. Doch die gesellschaftliche Realität zeichnet ein zunehmend differenziertes Bild. Immer häufiger geraten auch ältere Menschen in den Sog extremistischer Ideologien. Diese Entwicklung stellt eine ernstzunehmende und oft unterschätzte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stabilität unserer Demokratie dar. Die Radikalisierung im Alter ist ein schleichender Prozess, der aus einem komplexen Zusammenspiel von persönlichen Lebensumständen, gesellschaftlichen Veränderungen und den Einflüssen der digitalen Medien entsteht.

Ursachen und Treiber der Radikalisierung im Alter

Die Gründe, warum ältere Menschen anfällig für radikale Ansichten werden, sind vielfältig. Ein zentraler Faktor ist die Erfahrung von sozialer Isolation und Einsamkeit. Mit dem Eintritt in den Ruhestand, dem Verlust des Partners oder dem Wegzug der Kinder kann das soziale Umfeld schrumpfen. Fehlende soziale Kontakte und das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, können zu Frustration und einer Suche nach neuen Sinnstiftungen führen. Radikale Gruppen und Ideologien bieten hier scheinbar einfache Antworten und ein starkes Gemeinschaftsgefühl, das die empfundene Leere füllt.

Hinzu kommen oft Verunsicherung durch gesellschaftlichen Wandel und das Gefühl eines Kontrollverlusts. Themen wie Globalisierung, Pandemien, Migration, Kriege und Digitalisierung verändern die Gesellschaft in einem rasanten Tempo. Wer sich von diesen Entwicklungen überfordert oder abgehängt fühlt, ist empfänglicher für Verschwörungserzählungen und Feindbilder, die komplexe Zusammenhänge auf simple Ursache-Wirkungs-Ketten reduzieren.

Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Digitalisierung und der veränderte Medienkonsum. Während jüngere Generationen mit dem Internet aufgewachsen sind, betreten viele Ältere die digitale Welt als Neulinge. Ihnen fehlt oft die Medienkompetenz, um Falschnachrichten, Propaganda und gezielte Desinformation in sozialen Medien zu erkennen. Algorithmen, die personalisierte Inhalte ausspielen, verstärken diesen Effekt, indem sie die Nutzer in sogenannten Filterblasen und Echokammern gefangen halten. In diesen digitalen Räumen werden extremistische Ansichten ständig wiederholt und bestätigt, während abweichende Meinungen ausgeblendet werden. So verfestigt sich ein geschlossenes Weltbild, das für rationale Argumente und demokratischen Diskurs kaum noch zugänglich ist.

Die Auswirkungen auf die Demokratie

Die Radikalisierung älterer Menschen untergräbt die Grundpfeiler der Demokratie auf mehreren Ebenen. Zum einen führt sie zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft. Wenn Familien und Freundeskreise an unüberbrückbaren politischen Differenzen zerbrechen, geht der für eine Demokratie so wichtige gesellschaftliche Kitt verloren. Der politische Diskurs verroht, und die Bereitschaft zum Kompromiss sinkt.

Zum anderen gefährdet die Verbreitung von extremistischen und antidemokratischen Haltungen die Legitimität demokratischer Institutionen. Misstrauen gegenüber der Politik, den Medien und der Justiz wird gezielt geschürt. Wenn ein signifikanter Teil der Bevölkerung die demokratischen Spielregeln nicht mehr akzeptiert, gerät das gesamte System ins Wanken. Dies zeigt sich beispielsweise in der zunehmenden Aggressivität gegenüber Politiker:innen und Journalist:innen oder in der grundsätzlichen Ablehnung demokratischer Wahlergebnisse.

Darüber hinaus hat die Radikalisierung im Alter auch direkte Auswirkungen auf das politische Klima. Ältere Menschen stellen eine wachsende und wahlentscheidende Bevölkerungsgruppe dar. Wenn sich in dieser Gruppe radikale Ansichten verbreiten, kann dies zu einer Stärkung extremistischer Parteien und zu einer Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts oder links führen. Populistische und autoritäre Politikangebote fallen hier auf fruchtbaren Boden.

Was kann die Gesellschaft tun?

Um dieser besorgniserregenden Entwicklung entgegenzuwirken, sind gesamtgesellschaftliche Anstrengungen erforderlich. An erster Stelle steht die Stärkung der Medienkompetenz über alle Altersgruppen hinweg. Es braucht gezielte Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren, die den sicheren und kritischen Umgang mit digitalen Medien vermitteln.

Gleichzeitig müssen wir der sozialen Isolation im Alter aktiv entgegenwirken. Mehrgenerationenhäuser, Nachbarschaftsinitiativen und niedrigschwellige Freizeitangebote können helfen, soziale Netzwerke zu stärken und Einsamkeit zu verringern. Im ländlichen Raum fehlt es meist an solchen Angeboten, deshalb ist hier die Gefahr groß, dass Ältere sich rechtsextremen Gruppen zuwenden, weil diese oft vor Ort präsent sind.

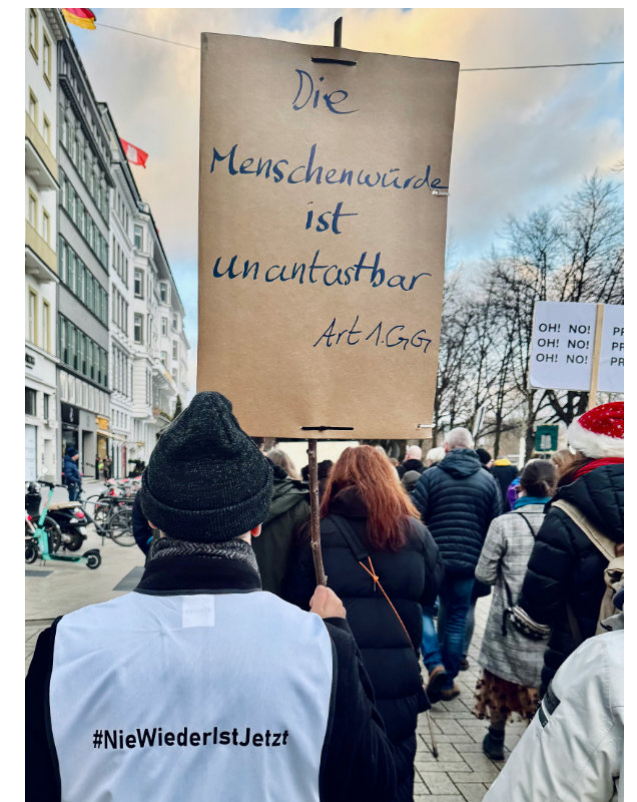
Nicht zuletzt ist eine lebendige und streitbare demokratische Kultur der beste Schutz gegen Radikalisierung. Der offene und respektvolle Austausch von Argumenten, die Bereitschaft, andere Meinungen anzuhören, und die Fähigkeit zum Kompromiss sind essenziell. Hier sind alle gesellschaftlichen Akteure gefordert: die Politik, die Zivilgesellschaft, die Medien und jede/r Einzelne.

Die Radikalisierung im Alter ist kein Randphänomen, sondern eine ernstzunehmende Bedrohung für unsere Demokratie. Nur wenn wir die Ursachen verstehen und gezielte Gegenmaßnahmen ergreifen, können wir verhindern, dass sich die Gräben in unserer Gesellschaft weiter vertiefen.

Verweis auf: Range BaWü, Kolping Stiftungshochschule Köln

Bundeskriminalamt:

https://www.bka.de/DE/IhreSicherheit/RichtigesVerhalten/Radikalisierung/radikalisierung_node.html



Kommunalwahlkampf in Hessen vom 15. März 2026

Autor:in: Sabine Häuser-Eltgen und Wolfgang Strengmann-Kuhn*

Die GRÜNEN Alten als Impulsgeber für soziale Teilhabe und generationengerechte Politik



Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2026 in Hessen haben die GRÜNEN Alten der LAG 60+ eine aktive und gestaltende Rolle übernommen. Bereits in der Phase der Programmerstellung durch die Kreis- und Ortsverbände entwickelte die Landesarbeitsgemeinschaft praxisnahe Textbausteine. Diese wurden in der Wolke zur Verfügung gestellt und fanden in zahlreichen kommunalen Wahlprogrammen Verwendung. Damit ist es gelungen, zentrale Anliegen älterer Menschen frühzeitig und verbindlich in die politische Agenda vor Ort einzubringen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der direkten Ansprache der Wähler*innen. Mit dem eigens konzipierten Flyer „Gut leben im Alter“ des Landesverbandes, der auf unsere Initiative und mit unserer Mitwirkung erstellt wurde, konnte ein niederschwelliges und zugleich inhaltlich fundiertes Informationsangebot geschaffen werden. Die kostenfreie Verteilung von 5000 Flyern an alle 26 Kreisverbände erwies sich als voller Erfolg: Besonders an Wahlkampfständen stieß das Material auf großes Interesse und wurde stark nachgefragt. Dies zeigt deutlich, dass Themen wie Lebensqualität im Alter, soziale Sicherheit und Teilhabe für viele Menschen von hoher Relevanz sind.

Auch inhaltlich setzten die GRÜNEN Alten wichtige Impulse über die eigene Zielgruppe hinaus. Gemeinsam mit der Grünen Jugend Hessen erstellten wir einen Antrag für den Landesparteitag:

„Gemeinsam gegen Einsamkeit – Landesweite Strategie zur Prävention, Teilhabe und sozialen Vernetzung für alle Generationen“. Der Antrag wurde sehr begrüßt und einstimmig angenommen. Damit wird die Bedeutung eines generationenübergreifenden Ansatzes in der Sozialpolitik unterstrichen. Einsamkeit wird dabei nicht nur als individuelles, sondern als gesellschaftliches Problem verstanden, das politische Antworten erfordert.

Mobilität und Teilhabe gehören zusammen

Ein Erfolg des Wahlkampfes war eine gut besuchte Veranstaltung in Limburg unter dem Titel „Grüne Bürger*innenrente für alle – sozial, nachhaltig, generationengerecht“ mit Wolfgang Strengmann-Kuhn als Referenten und dem Sprecher der GRÜNEN Jugend Hessen, Titus Dharmababu mit einem Gastkommentar. Der Diskussionsabend brachte unterschiedliche Perspektiven zusammen und verdeutlichte, wie eine zukunftsfähige Alterssicherung gestaltet werden kann (siehe dazu auch den ausführlicheren Artikel von Wolfgang Strengmann-Kuhn in diesem Magazin). Die Veranstaltung zeigte zugleich, wie wichtig der Dialog zwischen den Generationen innerhalb der Partei, insbesondere auch beim Thema Alterssicherung, ist.

Die Kommunalwahlen selbst verzeichneten mit einer Wahlbeteiligung von 54,4 Prozent eine leichte Steigerung gegenüber 2021 (50,4 Prozent). Dennoch bleibt die Beteiligung deutlich hinter historischen Höchstständen zurück – etwa den 81,4 Prozent im Jahr 1972. Von einem durchgreifenden Mobilisierungserfolg kann daher nicht gesprochen werden.

Politisch betrachtet gingen die Wahlen mit Verschiebungen einher. Die CDU konnte landesweit als stärkste Kraft hervorgehen. Nach dem außerordentlich guten Ergebnis vor 5 Jahren, mussten Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Einbußen hinnehmen, das Ergebnis war aber besser als bei der Bundestagswahl vor einem Jahr. In Darmstadt und Kassel blieben sie weiterhin stärkste Kraft, in Frankfurt wurden sie von der CDU überholt, die 25% erzielte. Mit knapp 21% lagen Bündnis 90/ Die Grünen deutlich vor der SPD und blieben führende Kraft im progressiven Spektrum

Bedauerlicherweise erzielte die AfD, trotz vergleichsweise schwacher kommunaler Verankerung, beachtliche Ergebnisse, wenn auch glücklicherweise weniger stark als zunächst prognostiziert und in Städten wie Frankfurt und Offenbach blieb sie deutlich unter 10%.

Bei den Kommunalwahlen gibt es keine Auswertung nach Alter, bei den Befragungen bei den fast gleichzeitig stattgefundenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg (eine Woche vorher) und in Rheinland-Pfalz (eine Woche später) zeigte sich aber, dass die Über-60-Jährigen noch unterdurchschnittlich Bündnis 90/ Die Grünen wählen. Für uns als GRÜNE Alte in Hessen und auch bundesweit ergibt sich daraus ein klarer Auftrag: Die Themen soziale Gerechtigkeit, Teilhabe im Alter und generationenübergreifender Zusammenhalt müssen weiterhin konsequent in den Mittelpunkt gestellt werden. Der Wahlkampf hat gezeigt, dass entsprechende Angebote auf Resonanz stoßen – nun gilt es, diese Impulse politisch weiterzuentwickeln und in konkrete kommunale Politik zu übersetzen.

*Sprecher*innen der LAG 60plus von Bündnis 90/ Die Grünen Hessen





GRÜNE ALTE

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Tel. 030 28442-0

Fax 030 28442-210

www.gruenealte.de